

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Dora Heyenn, Kersten Artus, Tim Golke,  
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider  
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Wohnen muss in Hamburg wieder sozial werden!  
Die akute Wohnungsmisere mit geeigneten Mitteln bekämpfen!  
Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende  
schaffen!**

Von der Misere auf dem Hamburger Wohnungsmarkt sind alle Bevölkerungsgruppen betroffen. Für diejenigen mit wenig Einkommen und geringer Beschwerdemacht wird die Situation immer prekärer. Die in die Höhe schießenden Mieten machen es mittlerweile auch für Studierende und Auszubildende immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Allein an der Universität Hamburg sind laut Angaben des AStA von den rund 7.000 Studienanfängern/-innen 20 bis 25 Prozent zu Semesterbeginn ohne festen Wohnraum gewesen. Die geplante Ausweitung der Programme für studentisches Wohnen um rund 400 Wohnungen wird an dem Mangel nur wenig ändern. Wie bereits 2011 hat das Studierendenwerk Hamburg auch im Jahre 2012 Notunterkünfte für Studierende eingerichtet

Von den knapp 40.000 jungen Menschen in einer dualen Berufsausbildung kommen rund 40 Prozent ursprünglich nicht aus Hamburg. Wer von ihnen ebenso wie die aus Hamburg stammenden Auszubildenden eine eigene Wohnung oder ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft sucht, trifft auf einen Wohnungsmarkt mit zu wenig und zu teuren Angeboten.

Ein erfolgreiches Studium und eine erfolgreiche Ausbildung brauchen eine funktionierende Infrastruktur. Dazu gehört in erster Linie eine gesicherte, bezahlbare Unterkunft. Laut Erhebungen des Studierendenwerks liegt Hamburg mit durchschnittlich 345 Euro Miete für eine Wohnmöglichkeit bundesweit mit an der Spitze der teuren Unterkünfte für Studierende (Platz 2). Dem steht ein BaföG-Höchstsatz von 670 Euro gegenüber. Die Auszubildenden haben mit ihrer Ausbildungsvergütung von durchschnittlich 614 Euro (Zahlen aus 2010) noch weniger Chancen, Wohnraum zu bezahlen. Ein mittlerweile ein Jahr alter SPD-Antrag zur Schaffung eines Auszubildendenwohnheims mit 500 Plätzen (Drs. 20/2394) liegt im Ausschuss auf Eis.

Für die nächsten Jahre ist keine wirkliche Entspannung für die Wohnsituation der Studierenden und Auszubildenden in Sicht.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. leer stehende städtische Büroflächen (Stand September 2010: 45.000 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche, siehe Drs. 19/7150) für eine kurzfristige Unterbringung auch von Studierenden und Auszubildenden zu nutzen;

2. Unterbringungsmöglichkeiten für mindestens 500 Auszubildende in 2013 zu fördern;
3. ein Programm zur Schaffung von 1.000 Wohnheimplätzen bis zum Wintersemester 2015/2016 vorzulegen;
4. ein verbindliches Handlungskonzept zu entwickeln mit dem Ziel, leer stehende städtische Büroflächen und Funktionsgebäude gegebenenfalls auch für eine längerfristige Wohnraumnutzung umzuwidmen.
5. der Bürgerschaft über den Punkt 1. bis Ende Dezember 2012 und über die Punkte 2., 3. und 4. bis Ende Mai 2013 Bericht zu erstatten.